

10. Februar 2026, von Michael Schöfer Abkassieren ja, aber bitte nicht bei mir!

Das ist mal wieder typisch für die Diskussion in unserem Land: Die meisten sind sich einig, dass wir die Staatsausgaben nicht dauerhaft über Schulden finanzieren können und deshalb irgendwoher Geld fließen muss. Doch jedes Mal, wenn ein Finanzierungsvorschlag gemacht wird, melden sich die Interessenvertreter zu Wort. Die wollen uns dann weismachen, dass man gerade an die kleinen und mittleren Einkommensklassen denken müsse. Völlig uneigennützig, versteht sich. Diese Selbstlosigkeit rührt viele zu Tränen. (Achtung: Ironie!) Aktueller Anlass: Die SPD hat gerade vorgeschlagen, Dividenden und andere Kapitaleinkünfte sollten zur Finanzierung des Sozialstaats herangezogen werden, bislang ist damit hauptsächlich der Faktor Arbeit belastet.

Das sei ungerecht, kritisieren Aktionärsvertreter erwartungsgemäß, "weil das Einkommen, mit dem eine Privatperson in Aktien oder in einen ETF-Sparplan investiert, bereits mit Steuern und Abgaben belegt worden ist". [1] Bei Arbeitnehmern ist das allerdings der Regelfall. Egal, was sie mit ihrem Geld anfangen, sie haben vorher schon Einkommensteuer und Sozialabgaben entrichtet, dennoch kommt etwa beim Einkaufen die Mehrwertsteuer obendrauf. Und je nachdem was sie kaufen, zahlen sie zusätzlich zur Mehrwertsteuer auch noch eine Tabak- oder Alkoholsteuer. Wer am Wochenende zur Tanzveranstaltung will, zahlt indirekt mit seiner Eintrittskarte neben der im Eintrittspreis enthaltenen Mehrwertsteuer möglicherweise darüber hinaus Vergnügungssteuer. Das Geld, das Arbeitnehmer verdienen, wird meist zwei- oder dreimal besteuert. Das Doppelbesteuerungsargument der Aktionärsvertreter sticht daher kaum.

Am wenigsten führen die ab, die Kapitaleinkünfte haben. Oberhalb des Freibetrags von 1.000 Euro pro Person zahlen sie lediglich 25 Prozent Kapitalertragsteuer und den Soli-Zuschlag in Höhe von 1,375 Prozent (5,5 Prozent der zu zahlenden Kapitalertragsteuer) ggf. plus Kirchensteuer. Sozialabgaben fallen keine an. Außerdem gibt es etliche Steuerminderungsstatbestände, die die Kapitalertragsteuer weiter reduzieren. Übrigens - zumindest theoretisch - auch bei Kleinverdienern und Älteren mit niedriger Rente, z.B. die Beantragung der Günstigerprüfung (vgl. § 32d Abs. 6 Einkommensteuergesetz). Von einer solch geringen Belastung durch Steuern und Sozialabgaben können die meisten Arbeitnehmer nur träumen, prozentual gesehen liegen sie im Vergleich deutlich darüber.

Marc Tüngler von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz sagt: "Eigentlich müsste der Staat mit Steuererleichterungen die Bürger animieren, für ihr Alter am Aktienmarkt vorzusorgen, statt über zusätzliche Abgaben auf die Gewinne zu diskutieren. 'Jetzt haben wir endlich mal Millionen mehr Anleger und da kommt die SPD mit der Keule und sagt: Ja, anlegen könnt ihr, aber dann kommt der Staat und nimmt sich davon noch einen ordentlichen Schluck mehr, das ist einfach ein falsches Signal.'" Der SPD-Vorschlag treffe die Falschen und "er erschwere die Vermögensbildung breiter Schichten", moniert Chefvolkswirt Christan W. Röhl von Scalable Capital. [2]

Keiner gibt zu, die Interessen der Besserverdienenden zu vertreten, ständig wird der Kleinsparer oder private Kleinvermieter ins Feld geführt, um lästige Ansprüche abzuwehren. Doch stimmt das auch? Oft wird behauptet, Steuervorschläge belasten die breite Mitte der Gesellschaft, dabei belasten sie in Wahrheit bloß die kleine Schicht der Vermögenden. Bei Zahlen, die von Lobbyisten vorgelegt werden, ist aufgrund von deren Eigeninteressen generell Vorsicht geboten. Amtliche Zahlen fehlen nämlich. Die Zahlen der Interessenvertreter beruhen auf Umfragen, und die haben bekanntlich ihre Tücken.

Aber unterstellen wir, 2025 hätten tatsächlich 14,1 Millionen Menschen in Deutschland Aktienanlagen (Aktienfonds, ETFs, Aktien) im Depot gehabt, wie das Deutsche Aktieninstitut (DAI) behauptet. "Das Deutsche Aktieninstitut e. V. (DAI) ist ein Lobbyverband für Unternehmen und Institutionen, die am deutschen Kapitalmarkt tätig sind. Die über 200 Mitglieder repräsentieren rund 90 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften", schreibt Wikipedia. [3] Das klingt jetzt nicht nach dem vielbeschworenen Kleinsparer. Dass Unternehmen und Institutionen, die mittelbar oder unmittelbar von Kapitalanlagen leben, an der "Förderung der Aktienkultur" interessiert sind, leuchtet ein. Etwas anderes anzunehmen wäre auch abwegig. Doch das sollte man bei ihren Verlautbarungen stets im Hinterkopf behalten.

Das Deutsche Aktieninstitut veröffentlicht jährlich Statistiken über Aktionäre, sie beruhen auf der repräsentativen Umfrage eines Marktforschungsunternehmens, die Ergebnisse werden wiederum mithilfe des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes hochgerechnet. Ob insbesondere vermögende Anleger so bereitwillig und detailliert Auskunft geben, sei dahingestellt. Laut DAI verteilt sich das Einkommen der Aktienanleger wie folgt [4]:

Nettoeinkommen	Anteil der Menschen mit Aktienanlagen
unter 2.000 €	12,0 %
2.000 bis unter 3.000 €	24,1 %
3.000 bis unter 4.000 €	40,4 %
ab 4.000 €	47,1 %

Es liegt nahe, dass Anleger mit einem höheren Einkommen quantitativ mehr Aktienanlagen im Depot haben als Anleger mit einem geringeren Einkommen. Entsprechend dürfte sich die Belastung durch Sozialabgaben auf Kapitalerträge verteilen. Kleine und mittlere Anleger wären davon weit weniger betroffen.

Wer gehört zur Mittelschicht und wer ist reich? Das kommt ganz auf die zugrundeliegende Definition an. Auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens des Jahres 2022 verortet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die Mittelschicht bei einem Single zwischen 1.850 Euro und 3.470 Euro. [5] Dem Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zufolge galt 2024 ein Single mit mindestens 3.920 Euro netto im Monat als reich. [6] Anhand dessen ist es also durchaus vertretbar, wenn man feststellt, dass ungefähr die Hälfte der Aktienanleger zu den Reichen und nicht zur Mittelschicht gehört. 87,5 Prozent der Aktienanleger haben ein Nettoeinkommen von mehr als 3.000 Euro, das entspricht in Steuerklasse 1 einem Bruttoeinkommen von mehr als 4.700 Euro. Eigentlich ist es sonnenklar: Es geht beim SPD-Vorschlag gerade nicht darum, die kleinen und mittleren Einkommensklassen zusätzlich abzukassieren. Die werden nur vorgeschoben, weil man glaubt, mit ihnen besser argumentieren zu können. Insofern hält sich mein Mitleid mit den Aktienanlegern in engen Grenzen.

Weil die Lobbyisten laut aufschreien, sobald ein Finanzierungsvorschlag zulasten der Besserverdienenden vorgelegt wird, geht die Politik den Weg des geringsten Widerstands. Das heißt, es wird dann bei den Armen gespart, weil die den geringsten politischen Einfluss haben. Nicht ohne Grund öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Dass dies die Gesellschaft zerstört, wollen die Egoisten nicht einsehen. Sie sagen: Bitte finanziert die Schulen, Universitäten, Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser etc. mit allem - aber bloß nicht mit meinem Geld. Arbeitnehmer sollen dann plötzlich ihre Zahnbehandlung aus der eigenen Tasche bezahlen. Die absehbaren Zahnlücken bei den weniger

Betuchten? Sind doch den Lobbyisten egal. Leider sind sie mit dieser Taktik recht erfolgreich.

[1] tagesschau.de vom 10.02.2026

[2] tagesschau.de vom 10.02.2026 a.a.O.

[3] Wikipedia, Deutsches Aktieninstitut

[4] Deutsches Aktieninstitut, Aktionärszahlen 2025, Seite 15, PDF-Datei mit 2 MB

[5] tagesschau.de vom 25.03.2025

[6] t-online vom 08.08.2025

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel3/ms3240html